

Presseerklärung zu dem interfraktionellen Gespräch mit der Verwaltung am 05.11.2013

1. Eine Beratung über die Zuschüsse 2014 scheiterten daran, dass die Verwaltung nicht bereit war, zu den einzelnen Positionen eine Stellungnahme den Fraktionen vorzulegen.
2. Zu einer weiteren Behandlung der Dringlichkeitsliste zu den Investitionen 2013 war die Verwaltung nicht bereit

Die interfraktionelle Haushaltsrunde beschäftigte sich ausschließlich mit der Zuschussliste der Stadt an freie Träger im nächsten Jahr und nicht mit der Dringlichkeitsliste zu den Investitionen im laufenden Jahr.

Nachdem die Fraktionen von CDU und UWG/Freie Wähler die Runde nach rund einer Stunde verließen, mussten die Beratungen ergebnislos abgebrochen werden.

Wesentlicher Grund neben diesem "Auszug" von zwei Ratsfraktionen für das Scheitern war, dass die Verwaltung eine vorbereitete und im wahrsten Sinne des Wortes vor ihr auf dem Tisch liegende Stellungnahme nicht den Fraktionen zur Verfügung stellen wollte.

Wenn die Verwaltung die Vorlage verteilt hätte, wäre sie dem Wunsch zumindest von drei Fraktionen - u. a. auch der FDP - nachgekommen, eine eigene Einschätzung dazu abzugeben, ob und in welcher Höhe welche Zuschüsse gekürzt werden können. Eine wesentliche "Bereicherung" der Beratungsrunde durch die Verwaltung wäre es auch gewesen, wenn dargelegt worden wäre, wo der Wegfall eines Zuschusses an einen freien Träger den Aufbau einer eigenen städtischen Struktur zur Wahrnehmung zur Folge hat und welche Kosten dadurch auf die Stadt zukommen.

Die FDP-Fraktion sieht in dem Vorgehen der Verwaltung am 05.11.2013 eine Parallele zu dem Verwaltungshandeln bei der Vorbereitung der abschließenden Ratssitzung zum Haushalt 2013/2014 und bei der Vorbereitung des Haushaltes und des Rates am 10.10.2013. In den beiden genannten Fällen hat die Verwaltung erst kurz vor den Sitzungen den Fraktionen die Vorlagen zugeleitet. Am 05.11.2013 hat die Verwaltung "noch einen draufgesetzt" und sich geweigert.

Jedenfalls für die FDP-Fraktion war es überraschend, dass die Runde sich nicht mit der aktualisierten Dringlichkeitsliste zu den Investitionen im laufenden Jahr beschäftigte. Dadurch sieht sich die FDP-Fraktion in ihrer Einschätzung allerdings bestätigt, dass es sich bei den aufgelisteten Investitionen um solche handelt, die von der Verwaltung während der vorläufigen Haushaltsführung umgesetzt wurden. Da die Politik zu den einzelnen Maßnahmen dieser vorläufigen Haushaltsführung vorher nicht befragt worden ist - und die Verwaltung hierzu nach § 82 der Gemeindeordnung nicht gezwungen war - sieht die FDP-Fraktion keine Veranlassung, im Nachhinein eine Genehmigung dieser Investitionen zu erteilen. Wenn die FDP-Fraktion gefragt worden wäre, welche Maßnahmen während der vorläufigen Haushaltsführung ausgesetzt werden sollten, hätte sie z. B. die Dachaufstockung des Kaiser-Wilhelm-Museums und das Glasdach auf dem Ostwall zumindest zurückgestellt.